



Amerika ist ein tief gespaltenes Land – das gilt auch für die Wahrnehmung der jüngsten, gegen den ehemaligen Präsidenten Donald Trump angestrebten Verfahren.

CARLOS BARRIA / REUTERS

Am Ende erwischt man Trump auf falsche Weise

Das neue Verfahren gegen Trump fusst auf starken Indizien. Allerdings könnten die Urteile der Justiz und der Öffentlichkeit stark differieren. Gastkommentar von Alan Dershowitz

Ist die jüngste Anklage gegen Donald Trump in Florida ein Sieg für den Rechtsstaat, oder markiert sie vielmehr eine Niederlage für das Prinzip der Rechtsgleichheit? Die Antwort lautet: etwas von beidem.

Indizien deuten darauf hin, dass Donald Trump sich im Klaren war, im Besitz von als geheim klassifiziertem Material zu sein. Die Anhaltspunkte gehen auf Trumps eigene Äusserungen zurück, und sie wurden von seinen eigenen Mitarbeitern aufgezeichnet. Wenn die Beweise stichhaltig sind, dann zeigen sie, dass Trump vor einem Autor und einem Verleger mit einem Blatt Papier herumgewedelt und dabei gesagt hat: dass er die Geheimhaltung des Dokuments während seiner Amtszeit hätte aufheben können – dies jedoch nicht getan habe.

Das Blatt Papier liegt den Staatsanwälten nicht vor. Entsprechend schwierig wäre es, den Inhalt mit Sicherheit zu bestimmen. Hält man sich aber an den Kontext des Gesprächs, könnte es sich beim Dokument um den Entwurf eines Angriffsplans gegen Iran gehandelt haben. Es ist unklar, ob die Anwesende Gelegenheit hatten, das Dokument zu lesen – oder ob die Bemerkungen nebenher fielen und das Papier gleich wieder verschwand. Die Aufnahme könnte allerdings ausreichen, um den Fall vor eine Jury zu bringen.

Gleichzeitig wissen wir, dass Regierungsbeamte auf Ebene des Bundesstaates wie der Gliedstaaten darauf aus waren, «Trump zu kriegen». Ich habe ein Buch mit ebendiesem Titel geschrieben («Get Trump», 2023). Dabei stützte ich mich auf die Wahlkampfversprechen eines demokratischen Kandidaten für die New Yorker Generalstaatsanwaltschaft und eines Kandidaten für das Amt des Bezirksstaatsanwalts in Manhattan. Letzterer erhob im Frühling bereits Anklage gegen Trump; allerdings aufgrund fadenscheiniger Anschuldigungen. In den sechzig Jahren meiner Tätigkeit als Anwalt habe ich noch nie eine schwächere oder deutlicher von politischen Zielen motivierte Anklage gesehen.

Staatsanwalt mit nur einem Fokus

Es stellt sich also die Frage, ob die Anklage in Florida Teil dieses «Kriegen wir Trump»-Projekts ist – oder ob es sich um eine davon unabhängige und faire Anwendung des Gesetzes handelt. Ein Problem ist, dass die Anklage auf die Ernennung eines Sonderstaatsanwalts zurückgeht, dessen einziger Fokus Donald Trump war. Der Staatsanwalt wurde nicht gebeten, gegen jeden ehemaligen Beamten zu ermitteln, der möglicherweise nach dem Ausscheiden aus dem Amt geheime Dokumente mitgehen liess. Dazu gehören Präsident Joseph Biden, der ehemalige Vizepräsident Mike Pence, die ehemalige Aussenministerin Hillary Clinton und der ehemalige Nationale Sicherheitsberater Sandy Berger. Und wahrscheinlich gäbe es in dieser Kategorie noch weitere, bisher nicht erwischte Beamte. Es ist üblich, dass Amtsabgänger Material mitnehmen, und dabei ist unvermeidlich, dass geheime Papiere mitgehen.

Der Sonderstaatsanwalt hielt im Anschluss an die Anklageerhebung eine Pressekonferenz ab, an der er verkündete: Es gebe nur einen rechtlichen Rahmen, und der gelte für alle. Es wäre aber nicht an ihm gewesen, eine derartige Erklärung abzugeben; schliesslich wurde er nicht beauftragt, zu untersuchen, ob auch andere gegen das Gesetz verstossen haben und nicht belangt worden sind.

Für die öffentliche Meinung ist sehr wichtig, ob das Verfahren als fair wahrgenommen wird.

Amerika ist ein tief gespaltenes Land, in dem die Menschen schnell Partei ergreifen und die Tatsachen dann durch die Brille ihrer Seite betrachten. Zwischentöne sind die Feinde solcher Parteilichkeit, ebenso wie sorgfältige Abwägung und der Schutz durch das Recht, der allen gleichermaßen zusteht. Es ist denn auch möglich, dass am Ende alle mitverantwortlich sind: dass ein fehlergeleitetes Verfahren, mit dem man Trump ins Visier nehmen will, stichhaltige Beweise für ein Verbrechen ans Licht bringt. Sollte dies der Fall sein, könnten das Urteil des Gerichts und jenes der Öffentlichkeit unterschiedlich ausfallen.

Gericht contra öffentliche Meinung

Vor Gericht ist es schwierig, sich auf selektive Strafverfolgung oder ungleiche Justiz zu berufen und damit Erfolg zu haben; es sei denn, es geht um Rasse, Religion oder Herkunft. Wenn die behauptete Ungleichbehandlung auf politische oder gar parteipolitische Unterschiede zurückgeführt wird, dürfen die Gerichte einen Fall kaum als selektiv abweisen. Für die öffentliche Meinung ist es indes von grosser Bedeutung, ob das Verfahren als fair und ausgewogen wahrgenommen wird. Die dürftige Anklageschrift in New York passt zur Argumentation, dass man Trump um jeden Preis etwas anhängen will; die stichhaltigere Anklageschrift in Florida lässt wiederum annehmen, dass es schlicht um Rechtsstaatlichkeit geht.

Beide Verfahren werden fortgesetzt, wobei jenes in New York wahrscheinlich zuerst verhandelt wird. Der erste Fall dürfte dabei auf den zweiten abfärben. Verständlicherweise werden objektive Zuschauer den Entwicklungen in Florida mit Misstrauen begegnen, und das gilt auch, wenn hier überzeugendere Beweise zum Vorschein kommen. Dieser Argwohn wird noch wachsen, wenn das Verfahren nicht im Fernsehen übertragen wird.

Man sollte sich mit dem Urteil zurückhalten, bis alle Beweise vorliegen. Am Ende aber könnte das Urteil geteilt ausfallen: Man hat Trump, gestützt auf selektive und abergerichtete Ermittlung und Strafverfolgung, «gekriegt».

Alan Dershowitz ist emeritierter Harvard-Professor und bezeichnet sich selbst als Demokraten. Er verteidigte Donald Trump im Impeachment-Verfahren 2020. – Aus dem Amerikanischen von mml.

Diese Schlagzeile hat mich elektrisiert: «Die grosse Zeit der Kaufhäuser ist vorbei. Droht ihnen dasselbe Schicksal wie den Kirchen?» (NZZ 11.4.23). Der Zeitungsartikel berichtete über die Schliessung grosser Warenhäuser wie etwa des alleingewessenen Kaufhauses Jelmoli in Zürich. Das Aussterben einer Unternehmensidee wurde als «Verkürzung» bezeichnet. Warenhäuser erfüllen immer weniger ihren eigentlichen Zweck und werden zu Sehenswürdigkeiten. Beim Lesen fragte ich mich: Ist es so weit gekommen, dass die Kirche in der Breite der Gesellschaft allein noch als Sehenswürdigkeit und als Museum wahrgenommen wird? Hat die Kirche zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch die Ausstrahlung, ihrem eigentlichen Zweck nachzukommen?

Die Lage in Mitteleuropa

Je nach Weltregion entwickelt sich die Kirche sehr unterschiedlich. Es gibt Länder und Kontinente, wo das Christentum rasant wächst. In Mitteleuropa verliert die Kirche seit Jahrzehnten Mitglieder. Das Christentum scheint grossflächig zu verdunsten. Tschechien oder Ostdeutschland gelten als Regionen, in denen Menschen kaum noch mit Kirche in Berührung stehen. Für die Schweiz meldet das Bundesamt für Statistik Jahr für Jahr viele Kirchausstreiter. Von den rund 8,7 Millionen Schweizern und Schweizerinnen gehören zusammen rund 5 Millionen der katholischen oder der evangelischen Kirche an. Etwa jedes dritte Kirchenmitglied trägt sich mit dem Gedanken auszutreten.

Wesentliche Gründe für den Kirchausstreit sind laut dem Schweizerischen Pastoralsoziologischen Institut der fehlende Glaube und der Mangel öffentlicher Stellungnahmen der Kirche zu gesellschaftspolitischen Themen. Ein weiterer Grund ist die Kirchensteuer: Die Menschen wollen keine Institution unterstützen, deren Werte sie nicht teilen. Das

In der Kirche findet man, was die Welt nicht geben kann

Die Kirche ist kein Verein, in dem sich Gleichgesinnte organisieren. Sie ist keine Institution, die in der Gesellschaft Einfluss zu nehmen versucht. Ihr wertvollster Beitrag wird es sein, das Individuum aus dem Gefängnis seiner selbst zu befreien. Gastkommentar von Johannes Block

Schweizerische Pastoralsoziologische Institut hat festgestellt, dass sich die innerliche Distanzierung von der Kirche im Laufe der Zeit verfestigt; kommt zur Entfremdung eine persönliche Enttäuschung hinzu, genügt das häufig als Anlass für den Austritt.

Der Wandel nach 500 Jahren

Nach 500 Jahren Reformation scheint sich die Kirche wieder in einem radikalen Wandlungsprozess zu befinden. Die Individualisierung aller Lebensbereiche und Lebensformen schreitet auch in reli-

giösen Dingen voran. Menschen entscheiden individuell, ob Religion für sie wichtig ist, und wenn ja, mit welcher Beteiligungsform. Im Mittelpunkt des westlichen Lebensstils steht die individuelle Wahlfreiheit. Gesellschaftliche oder traditionelle Vorgaben werden hinterfragt. Diesen geschichtlichen Befreiungsprozess haben die Kirchen der Reformation mit angestossen. Denn mit der Überwindung des spätmittelalterlichen Kirchenwesens sollte ein mündiges und selbstverantwortliches Glaubensleben möglich werden. Das «Priestertum aller Gläubigen» ist eines der reformatorischen Anliegen. Die Individualisie-

rung oder Privatisierung des religiösen Feldes wird eine gegenwärtige und künftige Kirche berücksichtigen müssen – etwa im Blick auf ihre Angebote, ihre Beteiligungsformen oder ihre Entscheidungswege. Vermutlich wird die Kirche umso ansprechender sein, je mehr sie auf persönliche Begegnung und je weniger sie auf institutionelle Strukturen setzt.

Der wertvollste Beitrag der Kirche in der individualisierten Moderne wird aber sein, das Individuum aus dem Gefängnis seiner selbst zu befreien. Denn das Geheimnis des Glaubens kann und muss man sich nicht selber sagen. Der christliche Glaube formt und bildet die persönliche Individualität über den eigenen Horizont hinaus. Deshalb bietet die kirchliche Gemeinschaft Formen an, die das eigene Selbst aus sich heraustreten und in eine befreiende Resonanz eintreten lassen: durch besondere Zeiten, Rituale und Orte. Hier klingen Worte auf, die nicht von dieser Welt sind und mehr zumuten, als man sich selbst sagen kann. Eine gegenwärtige und künftige Kirche in der westlichen Moderne wird zwischen der Einzigartigkeit und der Ambivalenz der individuellen Existenz liebevoll mündend.

Bei allem Wandel und aller Veränderung sollte bewusst bleiben, dass die Kirche kein Verein ist, in dem sich Gleichgesinnte organisieren, und keine Institution, die in der Gesellschaft Einfluss zu nehmen versucht. Kirche ist ihren geistlichen Wurzeln nach eine Kontrastgemeinschaft, in der man findet, was die Welt nicht geben kann. Das griechische Wort für Kirche (ἐκκλησία) bedeutet die Gemeinschaft der Herausgerufenen. Christenmenschen sind das Salz der Erde und das Licht der Welt (Matthäus 5,13–16). In der Kirche als Kontrastgemeinschaft leuchtet auf, was nicht von dieser Welt ist. Darin bestehen Lust und Last der Kirche auf ihrem Weg im 21. Jahrhundert.

Johannes Block ist Pfarrer am Fraumünster in Zürich.